

Dullien, Sebastian; Niechoj, Torsten

## Book Review

### Rezensionen / Book Reviews

Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics

#### Provided in Cooperation with:

Edward Elgar Publishing

*Suggested Citation:* Dullien, Sebastian; Niechoj, Torsten (2004) : Rezensionen / Book Reviews, Intervention. Zeitschrift fuer Ökonomie / Journal of Economics, ISSN 2195-3376, Metropolis-Verlag, Marburg, Vol. 01, Iss. 1, pp. 118-120, <https://doi.org/10.4337/ejeep.2004.01.10>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/277018>

#### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

#### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Rezensionen

*Michael Hudson (2003), Super Imperialism. The Origin and Fundamentals of U.S. World Dominance, London (416 Seiten, broschiert, Pluto Press)*

»Der Dollar ist unser Geld, aber Euer Problem«, so wird die Einstellung der US-Regierung zur globalen Rolle der eigenen Währung gerne zitiert. Und tatsächlich scheint es so, als hätten vor allem die anderen Länder Probleme mit der US-Währung. Wertet der Dollar kräftig auf, wie zuletzt 1999/2000, so importieren die anderen Länder Inflation. Wertet der Dollar dagegen ab, so kommen die Exporte der anderen Industrieländer unter Druck.

Nur die USA scheint dies alles wenig zu stören. Müssen sich andere Länder über die Außenstabilität ihrer Währung Sorgen machen, war es für die Vereinigten Staaten über Jahrzehnte selbstverständlich, praktisch jedes Leistungsbilanzdefizit mit Leichtigkeit finanzieren zu können. Selbst militärische Unternehmen wie den Vietnamkrieg (oder den Irakkrieg) mussten die USA nicht über höhere Steuern oder Einschnitte bei den sonstigen Staatsausgaben finanzieren, sondern konnten sich mit Leichtigkeit die notwendigen Mittel auf dem internationalen Kapitalmarkt besorgen.

Michael Hudson zeichnet in seinem Buch »Super Imperialism« auf, wie es zu einer solchen Dominanz der US-Währung im globalen Finanzsystem kommen konnte, und wie die USA gezielt ihren Einfluss bei der Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzten, um dieses Ergebnis zu erzielen.

Hudson beginnt seine Darstellung mit den Kriegsschulden des Ersten Weltkriegs und der Debatte in den USA, inwieweit den Alliierten Konzessionen bei der Bedienung ihrer Schulden gemacht werden sollen. Detailliert zeigt er auf, wie die Handelspolitik der USA und eine neue Welle des Protektionismus in der Zwischenkriegszeit es den Europäern praktisch unmöglich machen, die Dollar (bzw. das Gold) zu erwirtschaften, die notwendig gewesen wären, um ihre Kriegsschulden zu bezahlen. Er beschreibt, wie der Default der Alliierten weiter in die Weltwirtschaftskrise führt und wie Präsident Franklin D. Roosevelt den Dollar gegenüber den Währungen des Goldstandard-Blocks abwerten lässt und sich mit dem Hinweis, dass die inländischen Probleme der US-Wirtschaft vorgingen, gegen eine schnelle Stabilisierung des Dollars ausspricht.

Spannend für die heutige Architektur des globalen Finanzsystems sind die Kapitel über die Verhandlungen in Bretton Woods und über die Nachkriegsjahre. Hudson beschreibt, wie die US-Regierung die neu zu schaffenden Institutionen dazu benutzte, die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu isolieren, und wie sich die US-Regierung gegen ihre Alliierten durchsetzt, den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank nach Washington statt nach New York zu holen. (Die Briten hatten New York als Standort vorgezogen, um die Institutionen der politischen Einflussnahme Washingtons zu entziehen. In London war man der Meinung, dass für die eigenen Interessen eine Nähe der

Institutionen zu den Finanzmärkten zielführender sei als die politische Einflussnahme der USA.)

Hudson zeigt im Folgenden auf, wie die USA von 1952 an die Weltbank für ihre eigenen außenpolitische Zwecke benutzt und wie es gelingt, dass der Zahlungsbilanzeffekt der Weltbankkredite an die Dritte Welt für die USA sogar positiv ist. Die Institutionen von GATT, Weltbank und IWF verfolgen danach laut Hudson vor allem ein Ziel: die Hegemonie der USA zu sichern. So ist es laut Hudson nur folgerichtig, dass die Weltbank lange Zeit Schwellen- und Entwicklungsländern riet, ihren Exportsektor vor allem im Rohstoffbereich zu stärken, gleichzeitig aber Landreformen und damit die Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft vernachlässigt. Hudson interpretiert dies als Strategie, um den USA die günstige Versorgung mit Rohstoffen zu sichern, während gleichzeitig Märkte für die landwirtschaftliche Überschussproduktion der USA gesichert werden sollten.

In der Krise des globalen Finanzsystems, die Anfang der 1970er Jahre auf die immensen, durch den Vietnamkrieg verursachten Zahlungsbilanzdefizite der USA folgt, benutzen die USA laut Hudson die Tatsache, dass die US-Staatsanleihen zur Weltreservewährung geworden sind, gegenüber dem Rest der Welt als Druckmittel: Ein Default der US-Regierung auf Auslandsschulden hätte demnach eine globale Finanzkrise hervorrufen, weil die Weltreservewährung auf einen Schlag wertlos geworden wäre. So blieb den anderen Industrieländern kaum etwas übrig, als sich dem Willen der USA zu beugen.

Besonderes Gewicht bekommt Hudsons Buch dadurch, dass der Autor keiner der üblichen Globalisierungskritiker mit ökonomischem Halbwissen ist, deren Bücher in den vergangenen Jahren in die Buchhandlungen strömten. Michael Hudson ist vielmehr ausgewiesener Finanzexperte: In den 1960er Jahren arbeitete er als Volkswirt für die Chase Manhattan Bank und Arthur Anderson und analysierte im Auftrag der Unternehmen internationale Kapitalströme. Heute ist er Wirtschaftsprofessor im mittleren Westen der USA. Das Buch ist gründlich recherchiert und voller Details. Die Vorwürfe des Ökonomen an die US-Politik sind deshalb alles andere als leicht von der Hand zu weisen.

*Sebastian Dullien, Financial Times Deutschland*

*Hein, Eckhard/Heise, Arne/Truger, Achim (Hrsg.) (2003): Neu-Keynesianismus. Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?, Marburg (298 Seiten, broschiert, Metropolis-Verlag)*

Rigide Preisniveaustabilität, überschussorientierte Staatshaushalte und Lohnzurückhaltung bilden in weiten Teilen Europas die wirtschaftspolitische Trias aktueller Makroökonomik. Sie speist sich aus angebotspolitischem, neuklassischem und monetaristischem Gedankengut und greift nicht mehr auf keynesianische Elemente, die noch die Wirtschaftspolitik der 1960er Jahre mitprägten, zurück. Sicherlich haben innertheoretische Defizite keynesianischer Theoriebildung und ein nicht einlösbarer Steuerungsanspruch zu dieser Abkehr von keynesianischer Wirtschaftspolitik beigetragen; politische

Faktoren dürften jedoch überwiegen. Denn auf theoretischer Ebene hat eine permanente Fortentwicklung und Ausdifferenzierung des Forschungsprogramms stattgefunden. Die Herausforderungen stagflativer Konstellationen und konkurrierender Paradigmen wurden angenommen und bearbeitet.

Diese neuen Entwicklungen im deutschsprachigen Raum zu verbreiten und weiter voranzutreiben, hat sich das *Forschungsnetzwerk Makropolitik* aus zumeist post-keynesianisch orientierten Ökonominen und Ökonomen zum Ziel gesetzt. Mittel zum Zweck sind Fachtagungen, die seit 1997 einmal jährlich stattfinden. Auf den bisherigen Tagungen wurde verhandelt, was keynesianische Wirtschaftspolitik zur Lösung drängender Probleme beitragen kann und wie Wirtschaftspolitik im europäischen und internationalen Zusammenhang ausgestaltet ist und sein sollte.

Mit dem aktuellen Band »Neu-Keynesianismus. Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?«, der die Referate des sechsten Workshops aus dem Jahr 2002 dokumentiert, rückt das Netzwerk eine in den USA und möglicherweise auch in Europa immer wirkungsmächtigere Theorie in den Vordergrund, die sich auf Keynes beruft und sich selbst in eine keynesianische Tradition stellt.

Was erfährt eine interessierte Leserin über den Neu-Keynesianismus und seine wirtschaftspolitische Verbreitung, liest sie den Band?

Wie *Heine/Herr* ausführen, schließt der Neu-Keynesianismus an die Neoklassische Synthese der 1960er Jahre an. Analog zu dieser basiert der Neu-Keynesianismus auf einem verallgemeinerten mikroökonomischen Marktmodell neoklassischer Provenienz, erweitert um Markt rigiditäten. Im Gegensatz zu seiner Vorläufertheorie setzt der Neu-Keynesianismus nicht einfach das Vorhandensein von Rigiditäten voraus, sondern liefert eine Reihe mikroökonomischer Erklärungen, wie es zu solchen Marktperfektionen kommen kann.

Ähnlich wie in neoklassisch-monetaristischen Theorien kennt der Neu-Keynesianismus auch eine so genannte natürliche Rate der Unterbeschäftigung. Die neu-keynesianische Variante dieser natürlichen Rate, die NAIRU (non-accelerating inflation rate of unemployment), beschreibt den – empirisch allerdings nur äußerst schwer zu messenden – Stand der strukturell bedingten Arbeitslosigkeit, die in langer Frist nicht durch geld- oder fiskalpolitische Maßnahmen reduziert werden kann (*Jergler*). Dass sowohl neoklassisch-monetaristische Theorien als auch der Neu-Keynesianismus ein solches Konzept beinhalten, könnte die große Ähnlichkeit der wirtschaftspolitischen Empfehlungen für den Arbeitsmarkt erklären: Einigkeit herrscht darüber, Tarifverhandlungen zu flexibilisieren und zu dezentralisieren.

In den letzten Jahren hat sich die neu-keynesianische Forschung auf die Untersuchung von Finanzmärkten und monetären Aspekten konzentriert. In diesem Bereich sind Überschneidungen mit dem post-keynesianischen Forschungsprogramm erkennbar, wie in zwei Aufsätzen aufgezeigt wird (*Hein, Emunds*). Dennoch kommen einige der Autoren zu dem Schluss, Neu-Keynesianismus sei ein Etikettenschwindel, mit der Theorie von John Maynard Keynes hätte er wenig gemeinsam (*Hartwig, Gnos*). Die Akzeptanz rationaler Erwartungen für die Modellierung des Akteurshandeln und die neo-

klassisch argumentierende Analyse des Arbeitsmarktes durch den Neu-Keynesianismus lassen sich zur Begründung dieser Perspektive anführen.

Während die bisher thematisierten Artikel sich vorrangig mit der Frage beschäftigen, wie der Neu-Keynesianismus theoriegeschichtlich zu verorten ist und welche Theorieelemente kennzeichnend für ihn sind, gehen weitere Beiträge der politischen Wirkungsmächtigkeit und den propagierten Politikkonzepten des Neu-Keynesianismus nach.

*Arestis/Sawyer* und *Sandner* vertreten die Position, die als Dritter Weg firmierenden Programme der deutschen und britischen Sozialdemokratie hätten sich Ideen und Argumente des Neu-Keynesianismus zu eigen gemacht. Arestis und Sawyer machen dies an einer Geldpolitik fest, die ein inflation targeting betreibt, sowie an einer Strukturpolitik, die flexible Produkt- und Arbeitsmärkte fordert und fördert. Interpretiert man den Neu-Keynesianismus auf diese Weise, lassen sich kaum noch Differenzen zum neuklassisch-monetaristischen Ansatz erkennen. Für beide Theoriestränge gilt dann, dass in der langen *und* in der kurzen Frist eine expansive Geld- und Fiskalpolitik sinnlos wird.

*Truger* erkennt immerhin eine wenigstens in Teilen keynesianische Modellierung, die eine andere Wirtschaftspolitik erwarten ließe. Folgt den Neu-Keynesianern, so argumentiert er, konsequent ihren Modelleinsichten, müssten sie die Wichtigkeit einer investitionsorientierten Fiskal- und einer akkomodierenden Geldpolitik anerkennen. Ebenso seien die Argumente zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wenig überzeugend. Theorie und Praxis klapften folglich auseinander.

Vergleicht man die Beiträge, fallen die zum Teil doch sehr unterschiedlichen Charakterisierungen dessen auf, was Neu-Keynesianismus ausmacht und wie viel keynesianisches Denken im Neu-Keynesianismus enthalten ist. Ähnlich different ist der Stil der Beiträge: Einige der Artikel sind eher Einführungen, andere diskutieren sehr spezifische Fragestellungen. Soweit sich der Band mit der politischen Relevanz des Neu-Keynesianismus beschäftigt, geschieht dies vor allem in ideengeschichtlicher Weise. Wo Politikmaßnahmen neu-keynesianische Vorschläge umsetzen, welche Institutionen seinen Regeln folgen und welche Akteure vor dem Hintergrund neu-keynesianischer Überzeugungen handeln, wird nur gestreift.

Damit beantwortet der Sammelband seine Titelfrage, ob und inwieweit der Neu-Keynesianismus zum wirtschaftspolitischen Mainstream geworden ist, nur zum Teil. Dennoch liefert er einen instruktiven Startpunkt zu dieser Theorie und stellt momentan den einzigen Band dar, der deutschsprachig aktuelle Stränge des Neu-Keynesianismus aufgreift und diskutiert.

*Torsten Niechoj, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut  
in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf*